

## 17. Juni

Wollen Sie gleich noch eine kleine Runde durch die Geschäfte unserer Innenstadt machen oder haben Sie schon was eingekauft? Vor 31 Jahren wäre das nicht möglich gewesen, denn bis dahin, 1990, war der heutige 17. Juni unser Nationalfeiertag, an dem wir alle frei hatten und somit die Geschäfte geschlossen blieben. Heute ist der 17. Juni zwar nicht mehr arbeitsfrei, ein Gedenktag ist er aber immer noch. Wir erinnern uns heute an die Arbeiteraufstände vom 17. Juni 1953 in der DDR. Auslöser waren Erhöhungen der Arbeitsnormen, die zusammen mit der schon im Vorfeld kritisierten allgemeinen Versorgungskrise und der der vielfach spürbaren Misswirtschaft das Fass zum Überlaufen brachten.

Es kam zu landesweiten Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Die Reaktion des Staates war brutal. Man ging mit Panzern und Soldaten gegen die Demonstranten vor und schlug den Widerstand blutig nieder. 39 Menschen verloren dabei ihr Leben. Der 17. Juni ist heute Gedenktag gegen staatliche Willkür, Gedenktag für Menschenrechte und Gerechtigkeit, Gedenktag für ein friedliches Miteinander von uns Menschen insgesamt.

Staatliche Willkür wird auch den Regierenden unseres Landes von einer ganzen Reihe von Menschen im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen vorgeworfen. Auch die Meinungsfreiheit sei in Deutschland in Gefahr. Es fällt mir mehr als schwer, derartige Vorhaltungen nachzuvollziehen und ich denke, dass Wachsamkeit gefordert ist, um die Motivation derer, die so reden, zu erkennen. Denn so manchen geht es nicht darum, unsere Demokratie zu retten, sondern vielmehr darum, sie verächtlich zu machen, zu schwächen und zu beschädigen.

Um zu wissen, wie staatliche Willkür tatsächlich aussieht, müssen wir allerdings gar nicht mal so weit schauen. 1.000 Kilometer weiter östlich in Belarus kann man sehen, wie ein Staat Menschen peiniget, die sich nach Freiheit und Gerechtigkeit sehnen. Auch die Kirche beileibe nicht mit Ruhm. Der belarussische Metropolit Pawel, der sich für ein Ende der staatlichen Gewalt aussprach und verprügelte Demonstranten besuchte, wurde kurzerhand von seinem russischen Chef und Putin-Freund Kyrill abberufen und gegen den linientreuen Wenjamin ausgetauscht. Viele, insbesondere junge Menschen wenden sich seitdem von der orthodoxen Kirche in Belarus ab. „Wenn die Kirche den Staat heiratet, dann bleibt sie kinderlos“, dieser Spruch kursiert in kritischen Kirchenkreisen.

Unsere Einflussmöglichkeiten sind insgesamt begrenzt. Staatliche Sanktionen gegen Belarus werden von Russland abgefedert. Was bleibt, sind Gesten, die den Menschen zeigen, dass sie nicht vergessen werden. So haben wir uns hier, vielleicht erinnern Sie sich, an einer Aktion beteiligt, in der Menschen politischen Gefangenen Postkarten geschrieben haben als Zeichen der Solidarität. Darüber hinaus können und sollen wir für all jene beten, die unter Gewalt und Unterdrückung leiden.

Und natürlich bleibt, dass wir als Kirche immer wieder darauf aufmerksam machen, wo Menschenwürde und Menschenrechte missachtet werden und die Freiheit auf dem Spiel steht. Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit. Amen.